

**Annoncen.**  
Annahme-Bureaus.  
In Posen außer in der  
Expedition dieser Zeitung  
Wilhelmsk. 17  
bei C. H. Kretz & Co.  
Große Straße 14,  
in Gnesen bei Th. Spindler,  
in Grätz bei L. Kreisland,  
in Meseritz bei Ph. Matthias.

**Annoncen.**  
Annahme-Bureaus.  
In Berlin, Breslau,  
Dresden, Frankfurt a. M.,  
Hamburg, Leipzig, München,  
Stettin, Stuttgart, Wien:  
bei G. L. Baube & Co.,  
Haasenstein & Vogler,  
Adolph Nossel.  
In Berlin, Dresden, Görlitz  
beim „Invalidendank“.

# Posener Zeitung.

Achtundachtzigster Jahrgang.

Mr. 908.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierjährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Dienstag, 27. Dezember.

Abonnement 20 Pf. die sechsgeschlagene Zeitzeile oder deren Raum, Notizen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1881.

## Amftliches.

Berlin, 24. Dezember. Der Kaiser hat den bisherigen Konsul in Kiew, Dr. jur. Reiz zum Konsul in Jerusalem, und den bisherigen Konsul in Jerusalem, Freiherrn von Münchhausen zum Konsul in Kiew ernannt.

Bei der Reichsbank sind ernannt worden: der Buchhalter Gutschahr zum Vorsteher der Effekten-Kasse beim Comptoir der Reichshauptbank für Wertpapiere, die Bank-Rendanten Matthias zu Köln und Goldammer zu Krefeld zu Bank-Assessoren, die Buchhalter-Assistenten Tobne, Dörre, Eckert und Schmid zu Berlin und Liebert zu Mühlhausen i. E. zu Kassatoren, die Vorsteher der Reichsbankbeamtenstellen zu Ulm und Witten, Buchhalter-Assistenten Dr. von Löwenich und Gobmann zu Buchhaltern.

Der König hat den Gerichtsassessor Schmid zum Amtsrichter ernannt, sowie dem ältesten königlichen Hofarzt, Sanitätsrath Dr. Wallmüller, dem Rendanten der vereinigten königlichen Hofmarschall-Amts- und Garten-Intendanturkasse, Hofrath Schöning, und dem Hofstaats-Sekretär und Bureauvorsteher des Königlichen Ober-Marschall-Amtes, Hofrath Gottschow den Charakter als Geheimer Hofrath, d. m. Geheimen Staatsarchivar Dr. phil. Max Lehmann den Charakter als Archiv-Rath, dem Gerichtsschreiber bei dem Amtsgericht zu Bremen Wpr., Sekretär Morgenstern und dem Gerichtsschreiber bei dem Amtsgericht in Mülheim a. Rh., Sekretär Aufnck bei der Versetzung in den Ruhestand den Charakter als Kanzleirath und den Kreis-Steuereinnehmern Lehmann zu Marienwerder, Lutz zu Lütz, von Michaelis zu Grünberg, Müller zu Schleiden, Raale I. zu Schleiden und Thiele zu Goldap, so wie den Steuerempfängern Behrmann zu Petershagen, Ernst zu Rosel, Quentin zu Rodenberg und Zimmer zu Aachen den Charakter als Rechnungsrath verliehen.

Versetzt sind: der Amtsgerichtsrath Fischer in Neuwied als Landgerichtsrath an das Landgericht in Wiesbaden und der Amtsrichter Cosack in Vorbeck an das Amtsgericht in Bünde. In die Liste der Rechtsammler ist eingetragen der Gerichts-Assessor Dr. Bonsen bei dem Landgericht in Flensburg. Der Amtsgerichtsrath Leonhardt in Münden, der Amtsgerichtsrath Brandenburg in Ottmachau und der Notar Meckel in Kempen sind gestorben.

Dem Rechnungsführer Gebhardt bei dem niederschlesischen Landgestüt zu Lebus ist der Amtsscharakter Gestüt-Rendant, so wie dem Rokarzt Pfeiffer bei demselben Landgestüt der Amtsscharakter Gestüt-Inspektor verliehen worden.

Der königliche Kreis-Bauinspektor Haupt zu Minden i. Westf. ist als Wasser-Bauinspektor nach Ruhrort versetzt worden. Der königl. Kreis-Bauinspektor Henderichs zu Dörschau ist in gleicher Amtseigenschaft nach Minden i. Westf. versetzt worden.

## Politische Uebersicht.

Posen, 27. Dezember.

Der römische Berichterstatter der „Kölner Ztg.“ ist in der Lage, die in Bezug auf den Kardinal-Erzbischof Ledochowski gegebene Nachricht aus guter Quelle bestätigen und auf Erzbischof Melchers ausdehnen zu können, daß im Prinzip die Kurie bereit sei, die bischöfliche Stellung dieser beiden Prälaten dem kirchlichen Frieden mit Preußen zum Opfer zu bringen und durch den ihnen verstattheten Verzicht auf ihre Aemter ein Haupthinderniß eines Ausgleichs hinwegzuräumen. „Im Prinzip“, denn die zur Stunde eifrig und durch Agenten verschiedener Art geführten Verhandlungen sind noch sehr entfernt davon, so weit gediehen zu sein, daß bereits von einer umfassenden Abgrenzung und Normierung der Friedenspräliminarien die Rede sein könnte.]

Offiziös wird gemeldet: Der Handelsvertrag zwischen Deutschland und Italien vom 31. Dezember 1865 und die Schiffahrts-Konvention vom 14. Oktober 1867 werden zufolge Uebereinkommens zwischen beiden Regierungen, durch welches die Wirkung der im Jahre 1875 italienischerseits erfolgten Kündigung nochmals um 5 Monate hinausgeschoben worden ist, bis 31. Mai 1882 in Kraft bleiben.

Die Anhänger der Wirtschafts- und Handelspolitik des Reichskanzlers haben wenig Veranlassung, über den Ausfall der Handelskammer in Grünberg zu jubeln. Das geht aus folgender Korrespondenz des „Liegner Anzeigers“ aus Grünberg vom 22. Dezember hervor:

„Wie wenig Anhänger der Protest, welcher gegen den vorjährigen Bericht der hiesigen Handelskammer von mehreren Industriellen am Orte erhoben worden ist, in den Kreisen der bieigen Kaufmannschaft hat, dokumentirt die am gestrigen Tage hier stattgefundenen Handelskammer-Ergänzungswahl am besten. Von den von der Protestpartei durch öffentliche Bekanntmachung aufgestellten und empfohlenen drei Kandidaten wurde nicht ein einziger gewählt; dagegen wurden die Herren Karl Mannig und Louis Boas wieder. G. S. Blaefley an Stelle des ausscheidenden Herrn S. S. Abraham neuwählt.“

Wenn die Wahl des Herrn Blaefley als Sieg der Protestler ausgespielt wird, so vergibt man, daß er als der größte Industrielle Grünbergs und des ganzen Handelskammerbezirks nicht wohl übergangen werden konnte und von der Protestpartei nicht aufgestellt war.

Wie bereits auf telegraphischem Wege gemeldet, hat die bairische Kammer der Reichsräthe den Antrag auf Abschaffung der Civilie mit 31 gegen 17 Stimmen abgelehnt. Gegen den Antrag sprachen u. A. der Justizminister Häufle, der Referent v. Bomhard, der Graf Orlenburg, Freiherr von Löbeck und der greise Stiftsprobst Dr. Döllinger. Der Referent wies überzeugend nach, in welches Chaos die Verwirklichung des Antrages das ganze Cherecht in Deutschland

stürzen würde, wie namentlich in den Ländern des französischen Rechts die geforderte Wiederherstellung des sogenannten konfessionellen Cherechts völlig widersinnig sein würde. Aus der Rede des Professors v. Döllinger war besonders bedenklich der Moment, in welchem der große Kirchenhistoriker als Augen- und Ohrenzeuge von der Würzburger Bischofs-Versammlung im Jahre 1848 berichtete, auf welcher der ganze deutsche und deutsch-österreichische Episkopat mit zwei Karabinälen, dem verstorbenen Erzbischof v. Geissel und dem noch lebenden Kardinalfürstbischof von Schwarzenberg an der Spitze sich für die Vereinbarkeit der Zivilehe mit den Ansprüchen und Rechten der katholischen Kirche erklärte, und die Erzbischöfe und Bischöfe aus den Gebieten des französischen Rechts der segensreichen Wirkung der Institution das wärmste Lob spendeten. Wie dies protestantische Stimmen schon vorher gehabt, pries auch Dr. v. Döllinger den hohen sittlichen Werth des jetzt von freien Stücken und nicht um des staatlichen Zwanges willen nachgesuchten kirchlichen Segens, und mit vollem Rechte konnte der Referent in seinem Schlussschluß betonen, daß sich hierin ein echt christlicher Zug in dem staatlichen Cherechte zeige. Für den Antrag stimmten u. A. Prinz Ludwig, im Gegensatz zu allen übrigen Prinzen des königlichen Hauses, Freiherr v. Frandenstein, Graf Lerchenfeld, ferner die lutherisch-orthodoxen Grafen Castell und Erbach. In der Abgeordnetenkammer hatten die konservativen und ultramontanen Elemente geschlossen für den Antrag gestimmt, der nunmehr bestätigt ist.

Der Kaiser von Österreich ertheilte am 22. d. zahlreiche Audienzen, von denen diejenige der Abgeordneten der Triester Handelskammer, welche eine Denkschrift über den darniederliegenden Handel dieser Hafenstadt überreichten, auch politische Bedeutung gewinnt, weil in ihr ein schärfes Wort des Monarchen fiel, welches mehr als alles andere beweist, daß die jetzige Regierung durch die Opposition der Linken nach oben keineswegs erschüttert ist und die ehemalige Verfassungspartei noch so bald keine Aussicht hat, wieder zur Regierung berufen zu werden. Die „Neue Freie Presse“ enthält folgenden Bericht über die Audienz:

Der Führer der Abordnung, Handelskammerpräsident Reineke, hielt eine kurze Ansprache an den Kaiser und bemerkte, die Triester Handelskammer habe angesichts der bedrängten kommerziellen Lage Triests in einer Denkschrift die Maßnahmen angekündigt, welche die Handelswelt zum Schutze Triests für notwendig halte, und erlaube sich, diese Denkschrift dem Kaiser mit der Bitte zu überreichen, er möge die Wünsche Triests dem Wohlwollen der Regierung empfehlen.

Der Kaiser erwiederte:

Die Interessen der Stadt Triest sind mir stets am Herzen gelegen, und ich sehe ein, daß für Triest etwas geschehen muß. Ich werde die Denkschrift an meine Regierung zur Prüfung und Würdigung leiten und sie beauftragen, alle in diese Angelegenheit notwendigen Weisungen so rasch als möglich ergehen zu lassen. Ich bedaure nur, daß die Abgeordneten von Triest meiner Regierung eine faktiose Opposition machen, es ist das nicht mehr eine gewöhnliche, sondern eine faktiose Opposition. Hierauf wurde die Abordnung entlassen.“

Das leitende oppositionelle Blatt begleitet seinen Bericht mit der bedeutungsvollen Bemerkung:

„Wir stehen nicht an, sofort zuzugeben, daß das Stigma, welches in diesen Worten des Monarchen liegt, nicht bloß die Abgeordneten von Triest trifft, sondern die gesamte vereinigte Linie des Abgeordnetenhauses, deren konservativem Flügel die Triester Abgeordneten angehören. Es trifft aber auch die verfaßungstreue Partei des Herrenhauses und nicht minder einen Theil der Regierung, nämlich den Statthalter von Triest, der gleichfalls zur Verfassungspartei zählt.“

Der österreichisch-ungarische Gesandte in Bukarest, Graf Hoyos, weilt zur Stunde bereits in Wien, um über die von Minister Bratianno ausgesprochene Vereitwilligkeit zur Satzung zu erstatten. Wie man aus Bukarest meldet, ist die rumänische Regierung zu dem Eingeständnis in der Thronrede begangenen Fehler wie zu dem Ausdruck des Bedauerns über den Zwischenfall vollkommen bereit. Auf eine andere Art wäre die Beilegung der Differenzen kaum möglich; übrigens werden sich die Herren in Bukarest von nun an bei der Absaffung und Redaktion der Thronreden etwas vorsichtiger verhalten. Jedenfalls hätte die Weltgeschichte auch ohne diesen Akt von Übermut und Leichtfertigkeit bestehen können.

Der „N. Freie Presse“ wird aus Rom geschrieben: Zu den vielen Artikeln und Broschüren, welche der Wiener Herausgeber der päpstlichen Macht gewidmet sind, ist nun noch ein Werkchen, „Italien und der Papst“, erschienen. Man glaubte anfangs, der Autor dieser Flugschrift wäre der Archiv-Direktor im Vatikan, Monsignore Ballan, er selbst bezeichnete jedoch dieses Gerücht als falsch. Sicher hat die Broschüre kein Priester geschrieben. Der Grundgedanke derselben besteht darin, daß Italien, um seine Einheit zu bewahren, dem Papste Rom zurückgeben müsse. „Italiens Freiheit und Unabhängigkeit hängen vom Papste ab; der Papst als weltlicher Herrscher kann und wird die Einheit und Freiheit Italiens beschützen.“ Das ist das Thema. Bekanntlich aber wollen die Römer selbst den Papst nicht mehr.

Der Minister-Präsident Depretis hat bei Gelegenheit

der Debatte über das neue Wahlgesetz im Senate an der Hand statistischer, unwiderrückbarer Daten die Unhaltbarkeit des Italiens gemachten Vorwürfe nachzuweisen gesucht, daß seine radikale Partei einen beunruhigenden Einfluß übe:

Die radikale Strömung in Italien bewege sich mehr auf theoretischen als auf praktischen Gebiete und obendrein in so engen Grenzen, daß sie absolut ungünstig sei. Selbst unter den erklärtesten Republikanern gebe es in Italien wenige, die es sich auch nur im Traume einfassen ließen, die republikanische Regierungsform mit Gewalt einführen zu wollen. Sie betrachten dieselbe als ein Ideal, dessen Erreichung sie jetzt selbst für unmöglich halten. Selbst dieses „Ideal“ finde geringen Anhang im Volke, in dessen Augen die Dynastie gleichsam die Verkörperung des italienischen EinigungsWerkes bildet; die ganze Bewegung sei durchaus ungefährlich und könne um so weniger gefährlich sein, als die Regierung mit eiserner Energie jede Ausschreitung und jeden ungünstlichen Vorgang zu verhindern wissen werde. Auf die letzten im Vatikan stattgehabten Feierlichkeiten, auf die katholischen Pilgerfahrten, die Anwesenheit von über 250 katholischen Bischöfen in Rom, die zahlreichen kirchlichen Festlichkeiten im Vatikan und auf die bei dieser Gelegenheit erfolgten Kundgebungen nicht eben ausschließlich geistlicher Natur hinzuend, erklärt der Ministerpräsident, daß der Papst nirgends eine größere und unbefriedigtere Freiheit in der Ausübung seines hohen geistlichen Berufes finden kann, als in Rom. Daher finden die Klagen über Verfolgung der katholischen Kirche, manchmal Freiheit des Papstes bei Niemandem, der die Verhältnisse kenne, Anhang und können unmöglich ernst genommen werden.

Die öffentliche Meinung im nationalen Lager Italiens ist, wie dem „Berl. Tagebl.“ gemeldet wird, sehr unwillig über die vatikanische Kampagne in der Bismarckschen Presse. Die „Opinion“ sagt:

Weder die Lage der Dinge in Frankreich noch die in Deutschland beruhigt uns. Die Reise König Humberts nach Wien sollte unsere Freundschaft mit Deutschland herbeiführen; statt dessen beunruhigt uns die Rede Bismarck's ebenso wie der Artikel der „Post“. Die „Legge della democrazia“ nennt die Verwandlung der Garantiegesetze in einen internationalen Vertrag einen Hochverrat, erläßt wiederholt die Aufforderung, Meetings gegen die Garantiegesetze abzuhalten und verlangt die Aufhebung derselben. Die „Libertà“ zeigt sich weniger besorgt und hält Bismarck's vatischische Kampagne lediglich für einen parlamentarischen Fechtercoup. Der „Osservatore Romano“ billigt natürlich den „Post“-Artikel und hofft vom Fürsten Bismarck die Rückgabe der Stadt Rom nebst einem kleinen Gebiet an den Papst, indem er Triest als Autorität für diese angebliche Nothwendigkeit zieht. Das Blatt sagt ferner, die Zentrumsanträgen in Betreff der Völkerrechte böten die beste Gelegenheit für den Reichskanzler, die Situation definitiv aufzuläuren. Das klerikale „Journal de Rome“ widmet Bismarck's Stellung zu den Zentrumsanträgen einen Leitartikel, in welchem es die Notwendigkeit eines Zusammenschlusses beider als die beste Bürgschaft wahrer Freiheit betont. Nach der Ansicht des klerikalen Blattes sei die Annäherung Bismarck's gegen den Vatikan kein parlamentarisches Manöver, sondern ein praktischer erster Schritt einer Versöhnung Deutschlands, als größter militärischer und wissenschaftlicher Macht Europas mit dem Papstthum, als größter moralischer Macht der Welt, welcher Bismarck nicht zur Demütigung eines Gangs nach Kanossa, sondern auf dem Wege der Gerechtigkeit zu wirklichem Ruhme führe.

Die Annäherung zwischen Frankreich und Italien, welche die „Polit. Corr.“ von Paris aus signalisiert, wird auf das fortdauernde Liebäugeln der deutschen Politik mit der Kurie zurückgeführt. Den hieran geknüpften Kombinationen hält die genannte Korrespondenz die Thatsache entgegen,

„daß zwischen Frankreich und Italien sich eine entschiedene Annäherung manifestiert, und daß die zwischen beiden Nationen in letzter Zeit hervorgerufene Verstimmung zu schwinden und einer Erneuerung ihrer früheren Freundschaft Platz zu machen beginnt.“

Die Nachricht mag in dieser Form verfrüht sein und zur Zeit noch mehr den Wünschen der französischen, als denen der italienischen Regierung entsprechen. Die Meldung kommt nicht aus Rom, sondern aus Paris — ein Umstand, der den Verdacht bestärkt, daß wir es mit einem französischen Fühler zu thun haben. Als solcher ist die Nachricht immerhin von Bedeutung. Die Dinge sind schwerlich schon so weit gediehen, daß das römische Kabinett geneigt wäre, die Früchte der Wiener Entrevue so leichten Kaufes preiszugeben; doch läßt sich nicht verkennen, daß die abstossende Kälte, der die italienischen Werbungen auf deutscher Seite begegnen, die Beharrlichkeit des Werbers auf eine harte Probe stellt. Einmal könnte der Geduldsfaden doch reißen, und diesen psychologischen Moment sucht Frankreich offenbar mit gespannter Erwartung abzupassen. Inzwischen ist Gambetta bemüht, die Verstimmung, die in Folge der tunesischen Expedition zwischen den Schwesternationen entstanden, nach Kräften zu mildern. Einer römischen Meldung zufolge hat der frühere Minister Constant, ein Vertrauensmann Gambetta's, sich in dessen Auftrage nach Rom begeben, um über eine Verständigung in der tunesischen Frage zu unterhandeln. Wenn diese Nachricht sich bestätigen und Constant in der Lage sein sollte, beruhigende, eine Veröhnung anbahrende Erklärungen abzugeben, so würde die Ankündigung der „Polit. Corr.“ dadurch ein erhöhtes Gewicht erhalten. Die Möglichkeit ist jedenfalls nicht ausgeschlossen, daß Italien, welches schon im besten Zuge war, sich dem deutsch-österreichischen Friedensbunde anzuschließen, in Folge der zweifelhaften Stellung Deutschlands zur Papstfrage Frankreich in die Arme getrieben werden könnte. Niemand wird behaupten, daß eine solche Wendung für den Weltfrieden vortheilhaft wäre. Ein Bündnis mit Italien würde schließlich nur den Nevan-

plänen in Frankreich zu Gute kommen (für die gleichzeitig auch der neue Gesandte in Petersburg, der deutschfeindliche Graf Chaudordy nicht unthätig sein dürfte). Um solchen Preis würde der kirchliche Friede in Deutschland denn doch zu teuer erkaufst sein.

Der Kultusminister Paul Vert hat an die Bischöfe ein Rundschreiben erlassen, worin er ihnen aufträgt, alle Priester an ihre Pflicht zu ermahnen, jeden Sonntag das „Domine salvam fac rempublicam“ zu singen, und ihnen anzukündigen, daß in den Kirchen eine lebhafte Überwachung von Seiten der Regierung stattfindet.

Über die Enthüllungen des Herrn Rothan wird der „Nord d. Allg. Btg.“ folgendes geschrieben: Das Journal „Echo du Parlement“ veröffentlichte eine bemerkenswerthe Entgegnung auf die Enthüllungen eines französischen Diplomaten, die der ehemalige Ministerresident Rothan in der „Revue des deux Mondes“ bezüglich der Luxemburger Angelegenheit vor einiger Zeit publizirte. Das „Echo“ bestreitet darin, daß die Angaben Rothan's auf zuverlässigen und sicheren Dokumenten beruhten und weist nach, daß diese Enthüllungen viele Irrthümer und Widersprüche enthielten. In dem betreffenden Artikel heißt es:

Herr Rothan macht seiner Bitterkeit und Galle gegen Deutschland unverhohlen Luft. Er kann es den deutschen Diplomaten nicht vergessen, daß sie dem Kaiser Napoleon nicht aus der Verlegenheit halfen, und daß sie ihr Auftreten ganz ausschließlich den Interessen Deutschlands anpaßten. Anstatt Geschichte zu schreiben, sagt das französische Blatt weiter, hat Herr Rothan einen Roman verfaßt, denn es ist hinlanglich bekannt, daß der ehemalige Kaiser der Franzosen, nur um seine erschütterte Popularität wieder herzustellen, eine territoriale Vergrößerung nach der Seite des Großherzogthums Luxemburg anstrebe, mit dem Hintergedanken, seine Hand bei sich darbietender günstiger Gelegenheit auch nach Belgien auszustreden. Nachdem dann in dem Artikel die korrekte Haltung, die Belgien auf der zur Regelung der Streitfragen zusammenberufenen Londoner Konferenz beobachtete, ausführlich erörtert worden, fährt derselbe fort: Der in den Tulerien im Jahre 1867 gepommene Plan einer Besitzergreifung von Belgien ist heute allgemein bekannt. Bei jeder Gelegenheit traten diese Annexionsglässe in den Verhandlungen zu London hervor. Herr Rothan bestätigt selbst, daß die Napoleonische Regierung fortwährend an das linke Rheinufer dachte. Man gedachte über Mainz und Koblenz den Weg nach Brüssel und Luxemburg zu nehmen. Benedetti sprach dies an einer Stelle ganz definitiv aus. Der Verfasser des Artikels der „Revue“ tadelte diese Verteilungen, aber wie? Er kritisiert nur die Ungeschicklichkeit, mit welcher die Rathgeber Napoleons verfahren sind. Waren dieselben glücklicher mit ihren Bemühungen gemeint, dann hätte er ihnen aller Wahrscheinlichkeit nach Ehrenkränze gewidmet. Und mit einer solchen Politik, deren Träger voller Entrüstung darüber waren, daß der Fürst Bismarck die ihm entgegengestreckte Hand nicht ergriff, sollte sich Deutschland identifizieren? Wir dürfen indes nicht vergessen, hervorzuheben, daß Herr Rothan an einer Stelle einem Zuge folgt, der zu beweisen scheint, daß sich ihm das Gewissen geregt hat. Bei der Schilderung der Scene, wie der König Leopold der Belgier bemüht ist, Benedetti über den Ausgang des Luxemburgischen Konfliktes zu beruhigen, ruft er aus: Es war das unschuldige Lamm, das die Besorgnisse des Wolfs zu zerstreuen suchte. Die Metapher ist, wie man zugeben wird, von unüberleglicher Richtigkeit.

Die Ernennung des Grafen Chaudordy zum Botschafter der französischen Republik am Petersburger Hofe hat im Pariser „Télégraphe“ einen Kommentar hervorgerufen, der von der „Nord d. Allg. Btg.“ an hervorragender Stelle reproduziert wurde. Hierauf Bezug nehmend, schreibt nun der „Porjatok“:

„Die „patriotische“ Vergangenheit des Grafen Chaudordy kann natürlich in Berlin nicht gefallen. Aber wenn das offiziöse Organ des Berliner Kabinetts es für nötig hält, die Mittheilungen des „Télégraphe“ an hervorragender Stelle zu reproduzieren, so kann man sich nur über den Gleichmuth der Zeitung gegenüber der den Deutschen weit feindseligeren Vergangenheit des Hauptes selbst des französischen Ministeriums wundern, des ehemaligen Hauptes der ganzen „nationalen Vertheidigung“, in welcher Graf Chaudordy jedenfalls nur eine Rolle zweiten Ranges gespielt hat. Wollte man sich an das System halten, das jetzt gegenüber dem Grafen Chaudordy beobachtet wird, so müßte man eigentlich gegen das gesamme französische Kabinett des Augenblicks Protest erheben, aber keineswegs gegen die einzelnen Ernennungen, die von Gambetta ausgehen. Wenn die deutsche Regierung sich mit dem Gebanen an die offizielle Herrschaft Gambetta's in Frankreich zufrieden gegeben hat, so müßte sie sich zum Auftreten solcher Diplomaten, wie Graf Chaudordy, noch ruhiger verhalten. Die Ansprüchen auf die Versuche, die alten Anstrengungen im Sinne der Herbeführung einer französisch-russischen Allianz zu erneuern, und auf einen angeblich dem entsprechend in Russland erfolgten Umschwung der öffentlichen Meinung lassen sich nur so erklären, daß die ausländische Presse unsere wahren Angelegenheiten und Aufgaben nicht begriffen und erfaßt hat.“

Zur Militärreform in Russland erfahren die „Nowosti“, daß in kompetenten Kreisen die Reorganisation nach dem System der territorialen Armeen so gut, wie für eine ausgemachte Sache gelte. Das genannte Blatt fühlt sich hierdurch veranlaßt, seinen Lesern folgende Aufschlüsse über das Wesen der projektierten Reform zu geben:

„Unter Territorialarmeen“ sind solche zu verstehen, die sich in bestimmten Rayons des Staates befinden und aus Einnahmen derselben komplett werden. Dieses System besteht z. B. in Deutschland, das 18 Territorialarmeen besitzt (14 preußische, zwei bairische, ein württembergisches und ein sächsisches Territorialkorps). Jedes Korps besitzt alle Institutionen, die zu seiner Versorgung in Kriegs- und Friedenszeiten nötig sind. Das System basirt darauf, daß jedes Korps, sobald es nothwendig wird, rasch mobilisiert werden kann, indem es sich an Ort und Stelle aus Reservisten, Landwehr- und Landsturm-männern komplettiert. Uniere Gesamtarmee soll in vier Bezirke oder einzelne Armeen getheilt werden: eine Nord-, Süd-, West- und Ostarmee. Die bairischen und zentralasiatischen Truppen sollen, wie gerichtetweise verlautet, hier nicht mit eingerechnet sein. Die im europäischen Russland stehenden Truppen sollen zudem in territoriale Corps formirt werden. Jedes Corps wird seine eigene Intendantur, Artillerie und Ingenieurverwaltung haben und bei vergrößerter Machtstellung des Corpskommandeurs in wirtschaftlicher Beziehung ganz selbstständig dastehen. Zur Erledigung von Fragen aber, die über die Kompetenz des Corpskommandeurs hinausgehen, sollen bei den Corpsverwaltungen besondere Konseils gebildet werden. Es handelt sich also um eine Dezentralisation. Das Territorialsystem, das in Deutschland so glänzende Resultate gegeben hat, eignet sich übrigens kaum zu vollständiger Einführung bei uns. Es kommt uns hauptsächlich auf eine Sicherstellung der Westgrenze an; im Norden und Osten haben wir es nicht nötig Truppen zu konzentrieren. Folglich würde die Nord- und Ostarmee eigentlich überflüssig. Dieser Umstand, der durch strategische Rücksichten bedingt wird, bildet das Haupthindernis, das sich der Einführung des Territorialsystems entgegenstellt.“

## Briefe und Zeitungsberichte.

Kopenhagen, 20. Dezember. [Zoll- und Steuer-Berlag.] Die „Officier-Ztg.“ berichtet: Dem dänischen Landtag sind gestern die seit längerem angeständigen Zoll- und Steuer-reformvorlagen vorgelegt. Es sind drei Gesetzentwürfe, betreffend Revision des Zolltariffs und des Schiffssababgabengesetzes, Erhöhung der Branntweinabgaben und Einführung einer Biersteuer. In der ersten Vorlage wird beantragt, den Zoll auf Steinkohlen, Soda, Reis und Chiorienwurzeln aufzuheben und den Zoll auf Eisen, Holz und Petroleum zu ermäßigen. Zur Deckung des hierdurch entstehenden Ausfalles in den Einnahmen der Staatskasse wird eine Erhöhung des Zolles auf Wein und Tabak beantragt. Außerdem wird die Herausgabe der Schiffssababen auf die Hälfte des bisherigen Satzes beantragt, während das Volkstheing die vollständige Aufhebung dieser Abgabe gefordert hat. Der Finanzminister glaubt, dieser Forderung aus finanziellen Gründen nicht entsprechen zu können. Der von der Erhöhung dieser Abgabe zu erwartende Ausfall in den Staatseinnahmen wird auf 400,000 Kronen veranschlagt, der Ausfall von der Revision des Zolltariffs auf 1,779,000 Kronen. Dagegen wird der Ertrag der Erhöhung der Branntweinsteuer auf 1,310,000 Kronen und der Biersteuer auf 595,000 Kronen berechnet, so daß sich im Ganzen ein Mindereinnahme für die Staatskasse von 275,000 Kronen ergeben würde. Der Finanzminister bemerkte, daß er alle drei Gesetzentwürfe von dem Gesichtspunkte aus betrachte, daß sie einen wesentlichen Rückgang in den Staatseinnahmen nicht verursachen dürften, und daher bildeten sie für ihn gewissmäßen ein vereites Ganze. Der Minister erwähnte in seinen Ausführungen auch die Krise des Schatzolzes. Er hielt es für unbillig, durch rücksichtlose Zolltarifänderungen Gewerbe, die unter dem Schutz des jetzigen Zolltariffs betrieben würden, zu zerstören. Aber es handle sich hier ja nicht allein um den Einzelnen, sondern auch um das Allgemeine, indem das in jenen Gewerben festgelegte Kapital theilweise seinen Werth verliere und gelebt und tüchtige Arbeitskräfte durch die Vernichtung jener Gewerbe brachgelegt würde. Er habe daher den Schatzoll nicht stärker reduziert als die betreffenden Gewerbe ertragen könnten. Indessen sei es ja schwierig, sich vollständig darüber klar zu werden, in welchem Umfang die beantragten Zolltarifänderungen die verschiedenen Gewerbe des Landes beeinflussen würden; diesen berechtigten Vorbehalt müsse er machen. Wenn es von großer Bedeutung sei, daß man der Großindustrie nicht zu nahe trete, so sei es von noch größerer Bedeutung, daß man dem Handwerk und dadurch den Mittelklassen der Bevölkerung nicht zu nahe trete; das kleine Handwerk werde an und für sich durch die bestehende Konkurrenz schon sehr geschwächt.

## Vocales und Provinzielles.

Posen, 27. Dezember.

— Berufung. Die „Posz.-Btg.“ meldet aus Berlin: Für die Stelle des an das Humboldt-Gymnasium zu berufenden Oberlehrers Dr. Meissel, hat der Magistrat beschlossen, den Oberlehrer Dr. Hasselcamp aus Ostromo an das Friedrichs-Gymnasium zu berufen.“

## Vermissenes.

\* Berlin. Ein großartiger verbrecherischer Plan von kaum glaubhafter Frechheit ist am Freitag Abend noch zur rechten Zeit von der bieigen Kriminalpolizei entdeckt und so seine Ausführung verhindert worden. Am Vormittag machten zwei Individuen einem Polizeibeamten die Mittheilung, daß eine dritte Person, die sich ihnen als der Schlosser Wilke bezeichnet habe, mit ihnen gemeinsam den Plan verabredet habe, möblierte Zimmer in verschiedenen Stadttheilen zu mieten, dahin Amtsze zu locken unter dem Vorzeichen, daß einer von ihnen frank sei, die herangelockten durch kunstvoll gearbeitete Fälscherwerkzeuge, welche jeden Hilferuf des Gefolterten unmöglich machen, zur Hergabe ihrer Baarschaft und zur Acceptirung von vorbereiteten, ausgefüllten Wechseln zu zwingen und schließlich die Opfer zu ermorden und ins Wasser zu werfen. Zu diesem Zwecke hatte Wilke ein ganz eigenthümlich geformtes Halssieben hergestellt. Dasselbe besteht aus einem großen zangenartigen Instrument, befestigt an einem langen eisernen Rohr, an dessen Ende sich eine Kurbel befindet. Durch Drehung dieser Kurbel schließen sich die beiden zangenartigen Arme am entgegengesetzten Ende langsam zusammen. Sind die beiden Arme an den Hals eines Menschen gelegt, wird die Kurbel gedreht, so vermag das Opfer nicht mehr zu schreien. Weitere Drehungen der Kurbel bewirken, daß das Opfer sich dem Ersticken nahe glaubt und in diesem Zustande alles Mögliche thut, was von ihm verlangt wird. Ferner hatte Wilke zwei Fäuseien angefertigt, mit denen im Nu die Füße des Opfers gefesselt werden könnten. Die Ausführung der That sollte in der Weise stattfinden, daß der im Bett als „Kraner“ liegende Wilke mit dem unter der Bettdecke verborgen gehaltenen Zangen-Instrument den Hals des über ihn gebeugten Artes zusammenpreßt, während der eine Komplice dem Arzte die Hände von hinten festhält und der andere Komplice ihm die Füße anlegt. Zunächst wurde von Wilke ein möbliertes Zimmer im Hause Elisabethufer Nr. 59 gemietet, da die Lage dieser Wohnung die heimliche Beförderung der Leichen nach dem Engelbeck um die dazelbst hinzuwerfen, sehr erleichterte. Wilke zahlte den halben Monatsmietpreis pränumerando und verabredete mit seinen beiden Komplizen, die Ausführung des verbrecherischen Vorhabens gestern (Donnerstag) Abend in Scen zu sehen. Als erstes Opfer wurde der Kreisphysikus A. D. Dr. med. Lehrs, welcher am Kaiser-Franz-Grenadierplatz wohnt, ausgewählt. Gestern Morgen hielten es jedoch die beiden Komplizen des Wilke, welche vor der Ausführung der schändlichen That zurücktreten, für gerathen, den ganzen Plan an die Polizeibehörde zu verrathen, und sie teilte den erwähnten ganzen Sachverhalt mit. Mehrere Kriminalbeamte begaben sich sofort nach dem Hause Elisabethufer 59, wo von der Zimmervermieterin bestätigt wurde, daß ein Herr, der angeblich bei dem Eichungsamt beschäftigt sei, vor mehreren Tagen eine Stube von ihr gemietet und zur Hälfte die Monatsmiete pränumerando gezahlt habe. Dieser Herr sei eigentlich ein Weise aber noch nicht zugezogen und nur ein größerer Koffer sei in seinem Auftrage Tags zuvor in die von ihm gemietete Stube gebracht worden. Nachdem konstatiert worden, daß eine Person des angegebenen Namens beim Eichungsamt nicht beschäftigt werde, wurde der verschlossene Koffer geöffnet und es wurden darin die einzelnen Bestandtheile des beschriebenen großen Zangen-Instruments und die Fäuseien gefunden. Der Koffer wurde hierauf wieder verschlossen, und der Wirthin wurde von den Beamten strengstes Still-schweigen abbefohlen. Mit den beiden Komplizen des Wilke wurde sodann verabredet, daß sie ihm bei der Ausführung des Plans scheinbar Hilfe leisten und erst im Augenblick der höchsten Not das Opfer dem Halseisen befreien sollten, worin sie von den auf der Lauer befindlichen Polizeibeamten unterstützt werden würden. Der Dr. Lehrs sollte nicht herbeigezogen werden, vielmehr sollte seine Stelle ein Kriminalpolizei-Wachtmeister vertreten. Abends nach 7 Uhr fanden sich Wilke und seine beiden Komplizen in dem Zimmer ein, nachdem bereits vorher in einem Nebenzimmer eine Anzahl Polizeibeamte auf die Lauer gesetzt hatten. Wilke legte sich zu Bett und schickte einen der Komplizen zum Dr. Lehrs. Nach einiger Zeit lehrte dieser in der Begleitung des Kriminal-Wachtmeisters zurück, welcher einen hohen Hut und eine Brille trug und von dem Komplizen als der Herr Dr. Lehrs eingeführt wurde. Der Pseudoarzt begab sich zum Bett und fragte den Wilke nach seinem Bestinden. In diesem Augenblick sprang Wilke auf, preßte den Hals des Wachtmeisters zusammen, während einer

der Komplizen ihm von hinten die Hände hielt. Auf die von dem Ge-würgten mit Mühe hervorgebrachte Aeußerung, daß er nur wenig Geld bei sich habe, forderte Wilke ihn auf, einen bereits ausgefüllten Wechsel zu acceptiren. Der Wachtmeister weigerte sich dessen, und die Folge war eine weitere Drehung der Kurbel. Der Wachtmeister fühlte sich dem Erstickungsstoß nahe und er begann mit den Füßen auf den Fußboden zu schlagen. Jetzt ließ der eine Komplize des Wilke die Hände des Opfers los und gleichzeitig stürzten die Beamten ins Zimmer, welche dem Wilke das Zangen-Instrument aus der Hand rissen und das Opfer aus seiner gefährlichen Lage befreiten. Wilke wurde festgenommen und zur Haft gebracht. Er räumt ein, in der geschilderten Weise bestreift zu haben, sich Geld zu verschaffen, da er solches zur Ausführung seiner geschäftlichen Projekte und zur Erhaltung seiner Existenz notwendig brauchte. Ob Wilke der wirkliche Name des festgenommenen Verbrechers ist, hat bisher nicht festgestellt werden können.

Weiter wird gemeldet: Der Verbrecher ist, wie die fortgesetzten kriminalpolizeilichen Recherchen ergeben haben, der Schlosser Wilke aus Küstrin, welcher sich seit Juli d. J. in Berlin aufhält. Wilke hat Frau und Kinder, die von ihm getrennt leben und in der Oranienstraße wohnen, während er selbst in der Oranienstraße Nr. 7 bis zu seiner Festnahme gewohnt hat. Wilke ist bisher noch nicht bestraft. In Küstrin betrieb er mehrere Jahre lang als Schlossermeister eine eigene Werkstatt, bis er gänzlich herunter kam, und im Juli e. J. nach Berlin begab, wo er verschieden Schlossermeistern gearbeitet hat. Da er nicht immer Arbeit fand und auch die frühere Selbständigkeit als Meister nicht zu verschmerzen vermochte, so verfiel er, um sich Geld zu verschaffen, auf die Idee, reiche Personen in seine Wohnung zu laden und zu berauben. Zu diesem Zwecke fertigte er das sogenannte Instrument in der Werkstatt an, wo er arbeitete. Auf die Frage seines Mitarbeiters, zu welchem Zwecke er das wunderliche, noch nie gesehene Instrument fabrizierte, sagte Wilke, er wolle sich ein Patent zum Herausnehmen von Löbtdosen auf dieses Instrument verschaffen. An dieses Instrument fügte er als Stiel ein langes Gasrohr an, welches er vom einem Bau gekohlten hatte, und an einer anderen Arbeitsstelle, bei einem Schlossermeister in der Krautstraße, fertigte Wilke das Gewinde an, welches die Verbindung zwischen dem Würge-Instrument und dem Ende des Stiels angebrachten Kurbel bildet. Seit dem ersten d. Mts. war Wilke arbeitslos und er schritt nunmehr zur Ausführung des Plans, indem er sich mit einem ihm bekannten Schlosser und Arbeiter zur gemeinschaftlichen Ausführung verband. Wilke hat eingearbeitet, daß er die beiden erwähnten Instrumente zum Würgen und zum Fesseln der Füße zu dem Zwecke angefertigt habe, um den von ihm vorher durchdachten Plan auszuführen und daß er bei dem vermeintlichen Dr. Lehrs zur Ausführung seines Vorhabens geschritten sei. Dagegen stellt er in Abrede, die Absicht gehabt zu haben, die hereangelockten Personen zu töten. Nachdem dieselben ihrer Baarschaft entledigt worden resp. Wechsel unterschrieben hätten, habe er mit seinen Komplizen sich entfernen wollen, die Veräubten in dem Hause ihres Schicksals überlassend.

## Telegraphische Nachrichten.

Breslau, 24. Dezember. Der zoologische Garten ist heute wegen Auftretens der Rinderpest unter den Giraffen politisch geschlossen worden.

Karlsruhe, 24. Dezember. Der Großherzog, dessen Genesung erfreuliche Fortschritte macht, unternahm heute eine kurze Ausfahrt. Das Weihnachtsfest wird im engsten Kreise der großherzoglichen Familie gefeiert. Morgen wird der Großherzog zum ersten Male seit seiner Krankheit dem Gottesdienst anwohnen.

Karlsruhe, 24. Dezember. August von Bulmering in Wiesbaden, Mitglied der internationalen Assoziation für die Kodifikation des Völkerrechts und früher Professor des Staats- und Völkerrechts zu Dorpat, ist an Stelle Bluntschli's an die Universität zu Heidelberg berufen worden.

Fulda, 26. Dezember. Bischof Kopp ist heute Nachmittag um 2 Uhr mit großem Ehrengeleit hier eingetroffen und verrichtete alsbald am Grabe des heiligen Bonifacius ein Gebet.

Wien, 23. Dezember. Der „Polit. Korresp.“ wird von verlässlicher Seite versichert, daß die von verschiedenen Zeitungen gebrachte Meldung von der Aufgreifung eines großen italienischen Segelschiffes mit Kriegskontrebande für Ciroscia am Bord unbegründet sei. Der betreffenden Meldung scheine vielmehr folgende Thatache zu Grunde zu liegen:

Bor einige Wochen kreuzte bei Bubua und Spizza ein österreichisches Trabat, welches verdächtig war, durch Schnüggelverkehr mit der Küste Hand zu treiben. Die Behörden von Cattaro ließen durch den dafelbst stationirten Finanzkutter das kontrebandirende Trabat aufgreifen und behufs gerichtlicher Untersuchung nach Ragusa abschiffen. Wien, 25. Dezember. Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht ein kaiserliches Handschreiben an den Ministerpräsidenten Grafen Taaffe, in welchem der Kaiser kündigt:

dass er, um seiner Theilnahme an dem traurigen Schicksale der am 8. Dezember d. J. beim Brände des Ringtheaters Verunglückten einen dauernden Ausdruck zu geben, beschlossen habe, an der Unglücksstätte aus seinen Privatmitteln ein Gebäude mit einer entsprechend ausgestatteten Gedächtniskapelle aufzuführen, in welchem die alljährliche Abhaltung eines Trauergottesdienstes durch befondere Stiftung sichergestellt werde. Die Erträgnisse des Stiftungsbüdes sollen für immernährende Zeiten den Wiener Wohltätigkeits-Vereinen und -Anstalten zufliessen.

Paris, 24. Dezember. Der Finanzminister stellte, als er gestern die Wechselagenten empfing, das Gerücht von einem Anlauf der Eisenbahnen in Akros. Bezuglich der Konversion sagte er, die Regierung habe diese Frage, deren baldige Lösung nicht anzunehmen sei, noch nicht geprüft.

Rom, 25. Dezember. Der Papst empfing gestern die Kardinäle, welche erschienen waren, um in herkömmlicher Weise durch den Kardinaldekan ihre Glückwünsche anlässlich des Weihnachts- und Neujahrsfestes darzubringen. Unter den anwesenden Kardinälen befand sich auch Prinz Hohenlohe, welcher gestern von seiner Reise hierher zurückgekehrt ist.

Rom, 25. Dezember. Auf die Begrüßungsansprache des Kardinaldekan anlässlich des gefeierten Empfanges des Kardinal hat der Papst, dem „Osservatore Romano“ zufolge, erwidert:

Indem er zunächst auf die Lage des heiligen Stuhles hinwies, welche sich immer schwieriger gestalte, und sodann bellagierte, daß er gezwungen gewesen sei, die sündige Kanonisierung ohne den herkömmlichen Pomp zu vollziehen. Ebenso bellagierte der Papst die Unschuldigkeiten, welche jedes Mal erhoben würden, so oft er, um die Unabhängigkeit seiner geistlichen Gemahlt zu sichern, die Wiederherstellung seiner tausendjährigen weltlichen Herrschaft forderte. Rebellen und Unruhestifter nennen man die Katholiken, wenn sie eine wirkliche Garantie für die Freiheit ihres Oberhauptes verlangen. So sei es denn natürlich, fügte der Papst hinzu, daß die nach Rom kommenden



